

Die Erfolge im Friedensaufgebot der deutschen Jugend zeigen, daß sich die große Friedensfront immer mehr festigt und stärkt. So wurden allein in den ersten vier Wochen auf Initiative der FDJ 10 469 Friedenskomitees gebildet und 46-560 Jungen und Mädels neue Mitglieder der Freien Deutschen Jugend.

Meine Damen und Herren, Sie können überzeugt sein, daß die Jugend unserer Deutschen Demokratischen Republik ihre Rechte wahrnehmen und mit ihren Stimmen am 15. Oktober ein einmütiges Bekenntnis der Liebe und Treue zu unserer Deutschen Demokratischen Republik und unserem Präsidenten Wilhelm Pieck abgeben wird.

(Beifall)

Präsident Dieckmann:

Es spricht nunmehr für die Fraktion der Christlich-Demokratischen Union Herr Abgeordneter Rambo.

Abg. Rambo (CDU):

Meine Damen und Herren! Das Präsidium und der Ältestenrat der Provisorischen Volkskammer haben beschlossen, den Fraktionen freizustellen, zu diesem Gesetz Erklärungen abzugeben, da ja die Grundsätze und Grundzüge des Gesetzes durch einmütigen Blockbeschluß zustande gekommen sind. Wenn meine Fraktion, die Fraktion der Christlich-Demokratischen Union, mich beauftragt hat, ihre ausdrückliche Zustimmung zu diesem Gesetz zu erklären, so deshalb, weil sie es für notwendig hält, noch einmal in aller Öffentlichkeit auf den lebendigen demokratischen Geist dieses Gesetzes und die historischen Tatsachen, die in der Präambel niedergelegt sind, hinzuweisen.

Es ist richtig und auch von größter historischer Bedeutung, daß diese Tatsachen in der Präambel gerade dieses Gesetzes festgehalten sind. Sie gaben dem Deutschen Volksrat das Recht, nein, sie verpflichteten ihn, nach der Spaltung unseres Vaterlandes durch die Bildung des westdeutschen Separatstaates die Lebensinteressen unserer Nation zu wahren. Die in der Präambel festgehaltene Entwicklung der historischen Tatsachen zeigt den Weg, der zu dem nationalen Notstand unseres Volkes geführt hat. Sie bekundet auch gleichzeitig für alle Zeiten das große Verantwortungsbewußtsein des Volksrats, aber auch, daß die Sowjetunion als einzige Besatzungsmacht ihre Treuhänderschaft im Interesse des deutschen Volkes ausübte, als sie der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und den Maßnahmen des Volksrats ihre Zustimmung gab.

Wenn in der Präambel weiter gesagt wird, wozu unsere Bevölkerung am 15. Oktober Stellung nehmen soll, nämlich zur Sicherung des Friedens, zur demokratischen Einheit Deutschlands, zum Friedensvertrag mit ganz Deutschland und zum Abzug der Besatzungstruppen, zum demokratischen Aufbau einer unabhängigen deutschen Friedenswirtschaft, zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung aus eigener Kraft, zum Ausbau und zur Festigung der demokratischen Ordnung, zur Wahrung und Entfaltung der deutschen Kultur, so wird dadurch stärkstens unterstrichen, was unsere neue demokratische Ordnung in unserer Deutschen Demokratischen Republik erstrebt: Frieden für uns und die Welt und das Wohl unseres gesamten schaffenden Volkes.

Daß es so werde, daß es bald so werde in einem einigen, einheitlichen Vaterland, ist unser aller Wunsch. Dafür zu sorgen, dafür unser Volk aufzurufen, zu einem mächtigen Bekenntnis am 15. Oktober zu den Zielen der Nationalen Front, sei unsere Erklärung zu diesem Gesetz und zugleich unser Gelöbnis.

(Beifall)

Präsident Dieckmann:

Ich erteile nunmehr Herrn Abgeordneten Wilhelm Koenen für die SED das Wort.

Abg. Wilhelm Koenen (SED):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Kampf um den Frieden und um die Einheit und die Unabhängigkeit ganz Deutschlands haben die Wahlen in der Deutschen Demokratischen Republik als dem Kern Deutschlands eine außerordentliche politische Bedeutung. Unsere Bevölkerung wird über die Lebensfragen der Nation, wie sie im Kampfprogramm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland aufgezeigt sind, über den Kampf um die Erhaltung des Friedens, um den Abschluß eines Friedensvertrages für Deutschland und mit Deutschland und die Wiederherstellung eines demokratischen, unabhängigen, einheitlichen Deutschlands zu entscheiden haben.

Die Regierungs- und Verwaltungsorgane der Republik, der Länder, Kreise und Gemeinden werden in den nächsten Tagen mit ihren Rechenschaftsberichten vor die Bevölkerung treten. Das Sekretariat der Nationalen Front hat in Verbindung mit der Regierung und den anderen Verwaltungsorganen deshalb schon jetzt gleichzeitig mit der Vorbereitung des Nationalkongresses eine Reihe großer Kundgebungen angesetzt. Zehn solcher Kundgebungen in den wichtigsten Zentren unserer Republik werden den Auftakt in diesem Wahlkampf darstellen. Die Vertreter der Regierung, der Volkskammer und der Nationalen Front werden in diesen großen Kundgebungen die erste Rechenschaft der Regierung und der Volkskammer vor der Bevölkerung ablegen. Sie werden die Bevölkerung über den Sinn und die Erfolge unserer Gesetze und Verordnungen aufklären und sie besonders mit den neuen Plänen der Regierung, vor allem mit dem Fünfjahrplan, vertraut machen.

In diesen zehn großen Kundgebungen, die den Auftakt für die Anwendung dieses Wahlgesetzes für den 15. Oktober darstellen, werden die Vertreter der Regierung, der Volkskammer und der Nationalen Front aus den verschiedensten Parteiströmungen, jung und alt, Frauen und Männer sprechen. Sie werden in dieser Gemeinsamkeit vor das Volk treten, die wir auch in den Kandidatenlisten verwirklicht sehen. Sie werden schon bei diesen ersten Versammlungen den Sinn des Wahlgesetzes, des gemeinsamen Auftretens zu realisieren versuchen. Wir erwarten in diesen Versammlungen nach kurzen Ansprachen, die von den Vertretern der Volkskammer, der Regierung und der Nationalen Front gehalten werden, Fragen und Wünsche aus den Reihen der Bevölkerung. Wir erwarten eine sehr ausführliche Diskussion. Die Vertreter der Regierung und der Volkskammer sind bereit, in diesen ersten Kundgebungen zur Vorbereitung der Volkswahlen auf alles das Antwort geben, was das Volk fragt. So wird im Sinne dieses Gesetzes die Demokratie realisiert.

Der Wahlkampf in der Deutschen Demokratischen Republik wird eben nicht eine Jagd nach Stimmen sein, die ergauert, erschlichen oder erkauft werden, wie das in Amerika der Fall ist und wie das in Westdeutschland ja auch sein soll, sondern die Parteien werden über ihre Interessen als Organisationen und Gruppen hinaus das Gemeinsame in den Vordergrund stellen und den Wahlkampf in der Überzeugung führen, daß es gelingen muß, jeden einzelnen Menschen in unserer Republik von der Richtigkeit des Weges zu überzeugen, den wir gemeinsam mit dem Volksrat und der Volkskammer in der Nationalen Front eingeschlagen haben. Ein überwältigender Vertrauensbeweis für die Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland wird